



# **Vorstellung des Wirtschaftsberichts Deutschland**

**Rede des OECD-Generalsekretärs  
Angel Gurría**

**Berlin**

**9. April 2008**

Es ist mir eine Freude, heute den Wirtschaftsbericht Deutschland 2008 im Namen aller OECD-Mitgliedsländer vorstellen zu können. Berlin wird nun „die Stadt des Wandels“ genannt – es ist daher ein idealer Ort, um über die wirtschaftlichen Fortschritte Deutschlands zu sprechen.

### **Ein Bericht zur rechten Zeit**

Die Veröffentlichung dieses Wirtschaftsberichts hätte kaum zu einem besseren Zeitpunkt kommen können.

Nach Jahren der Stagnation erlebt Deutschland einen kräftigen Konjunkturaufschwung. Zwar ist deutlich, dass sich das Wachstum gegenüber den hohen Raten der letzten Jahre etwas abschwächt, doch wird es unseren Projektionen zufolge in der Nähe seiner langfristigen Potenzialrate bleiben, die nach unseren Schätzungen bei etwa 1½% liegt. Bisher ist die Realwirtschaft durch die globalen Finanzmarkturbulenzen, die Euro-Aufwertung und die hohen Ölpreise nicht stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Vorläufige Schätzungen für das Wachstum im ersten Quartal 2008 deuten im Gegensatz zu den Entwicklungen in anderen G7-Ländern noch nicht auf eine Verlangsamung hin.

Die deutschen Exporte expandieren weiterhin kräftig, worin sich die früheren Zugewinne an Wettbewerbsfähigkeit widerspiegeln. Das Wachstum der Investitionen bleibt ebenfalls robust. Die günstige Ertragslage hat den deutschen Unternehmen bisher geholfen, die sich verschlechternden Finanzierungsbedingungen zu verkraften. Früher oder später jedoch werden sich die von der internationalen Wirtschaft ausgehenden Belastungen in Form eines nachlassenden Exportwachstums bemerkbar machen. Eine solche Verlangsamung könnte bis zu einem gewissen Grad durch eine Belebung des privaten Konsums kompensiert werden, die nach unserer Einschätzung infolge der zunehmenden Beschäftigung und steigenden Einkommen zu erwarten ist. In dieser Hinsicht deuten die bisherigen Tarifabschlüsse darauf hin, dass die lange Zeit geübte Lohnmoderation nunmehr zu Ende geht.

## **Lob für die umgesetzten Reformen, die erste positive Ergebnisse zeigen**

In den vergangenen Jahren hat Deutschland in mehreren Bereichen Reformen durchgeführt, die nun sichtbare Erfolge zeigen. Ein Bereich ist die Finanzpolitik: Der Staatshaushalt ist jetzt ausgeglichen, nachdem er 2003 noch ein Defizit von 4% des BIP aufgewiesen hatte. Dieses Ergebnis kam durch erhebliche Ausgabeneinsparungen zustande. Mit der (im Januar 2008 in Kraft getretenen) Unternehmensteuerreform wurden die deutschen Steuersätze – die zu den höchsten im OECD-Raum zählten – näher an den OECD-Durchschnitt herangeführt. Die seit 2003 am Arbeitsmarkt durchgeführten Hartz-Reformen bringen mehr Menschen in Beschäftigung. Besonders deutlich zeigt sich dies bei älteren Arbeitskräften. Nach unseren Schätzungen wird allein die 2005 umgesetzte Hartz-IV-Reform zu einem Rückgang der strukturellen Arbeitslosenquote um ½ Prozentpunkt führen. Die Lohnnebenkosten sind – wie dies schon seit langem von der OECD empfohlen wird – im Gegenzug zur Anhebung des Mehrwertsteuersatzes gesenkt worden.

## **Die derzeitige Wachstumsdynamik sollte für die Umsetzung weiterer Reformen genutzt werden**

Zur Sicherung eines dauerhaft höheren Wirtschaftswachstums muss die Wachstumsrate des Produktionspotenzials angehoben werden. Im Hinblick darauf bietet der Wirtschaftsbericht eine eingehende Analyse sowie Beurteilungen und Empfehlungen zu den Bereichen, auf die sich die Strukturreformen konzentrieren sollten. Die Chance, Reformen in einem günstigen konjunkturellen Umfeld mit einem starken Arbeitsmarkt umzusetzen, sollte nicht vertan werden, da hierdurch die Reformkosten auf ein Mindestmaß reduziert werden können.

Die Regierung sollte auf den bisherigen Erfolgen aufbauen – sie sollte diese wahren und ihre Reformanstrengungen intensivieren, da sich zeigt, dass sich die bereits durchgeführten Maßnahmen positiv auswirken. Die wichtigsten Bereiche, auf die sich das Augenmerk richten sollte, sind: Finanzpolitik, Arbeitsmärkte, Bildung (das Thema

des Sonderkapitels in diesem Wirtschaftsbericht), Wettbewerb in den Netzindustrien sowie Finanzierung des Gesundheitssystems.

***Die Erfolge in der Finanzpolitik müssen gewahrt werden, um langfristigen Herausforderungen begegnen zu können***

Zum ersten Mal seit 1989 hat der Staatshaushalt wieder ausgeglichen abgeschlossen. Die Bundesregierung diskutiert derzeit darüber, ob das Gebot eines ausgeglichenen strukturellen Haushalts in das Grundgesetz aufgenommen werden soll (entsprechend den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts). Wir unterstützen dies nachdrücklich und empfehlen, eine solche Regel in der Weise zu ergänzen, dass der zu Grunde liegende Ausgabenpfad veröffentlicht und für verbindlich erklärt wird. Eine Verbesserung der fiskalischen Rahmenbedingungen entsprechend diesen Vorgaben würde Deutschland helfen, die langfristigen fiskalischen Herausforderungen (im Zusammenhang mit den Kosten der Bevölkerungsalterung) zu bewältigen und prozyklische Politikmaßnahmen zu vermeiden. Auch würde davon ein starkes Signal für fiskalische Konsolidierungsmaßnahmen in anderen Ländern ausgehen.

***Die Reformdynamik auf dem Arbeitsmarkt muss beibehalten werden***

Der Arbeitsmarkt boomt derzeit, und die Arbeitslosenquote ist auf ein 7-Jahrestief gesunken. Die jüngsten Arbeitsmarktreformen haben zu diesem Ergebnis beigetragen, das besonders an den Beschäftigungsquoten älterer Arbeitskräfte deutlich wird, die um 10 Prozentpunkte gestiegen sind.

Die Einführung kontraproduktiver Maßnahmen sollte vermieden werden. In dieser Hinsicht ist die jüngste Entscheidung bezüglich der Festlegung von Mindestlöhnen durch die Allgemeinverbindlicherklärung von Branchentarifverträgen zu bedauern, da sie als Instrument zur Beschränkung von Wettbewerb eingesetzt werden kann. In der Tat hat der im Bereich der Postdienstleistungen kürzlich eingeführte Mindestlohn (von 9,80 Euro für Briefzusteller) die Entwicklung des Wettbewerbs in diesem Sektor sehr stark

behindert. Das vor kurzem ergangene Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts gegen die Postmindestlohnverordnung könnte zum Anlass genommen werden, die derzeitige Regelung zu überdenken.

Wir sind keine Befürworter des Mindestlohns, da die internationale Erfahrung zeigt, dass Eingriffe in den Lohnfindungsmechanismus riskant sind. Wenn die Bundesregierung einen Mindestlohn für notwendig hält, dann sollte dieser bundesweit und auf einem Niveau festgesetzt werden, das nicht beschäftigungsschädigend ist. Eine unabhängige Sachverständigenkommission sollte über dieses Niveau entscheiden.

Die deutsche Bevölkerung altert und das bedeutet, dass dem Arbeitsmarkt immer weniger Personen zur Verfügung stehen werden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, Beschränkungen aufzuheben, die einen verstärkten Arbeitseinsatz behindern, insbesondere im Fall qualifizierter Arbeitskräfte. Die Bemühungen sollten sich darauf konzentrieren, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten – eine der niedrigsten im OECD-Raum – zu erhöhen. Vor allem sollten die erheblichen Fehlanreize für verheiratete Frauen, die diese von längeren Arbeitszeiten abhalten, verringert werden. So könnte u.a. erwogen werden, von der gemeinsamen Steuerveranlagung von Ehepaaren (Ehegatten-Splitting) zu einer Individualbesteuerung überzugehen. Die Pläne der Bundesregierung zur Ausweitung des Kinderbetreuungsangebots sind sehr zu begrüßen.

Die derzeitig günstige Arbeitsmarktlage bietet eine ideale Gelegenheit zur Erhöhung der Arbeitskräftenachfrage durch eine Lockerung der Beschäftigungsschutzbestimmungen für reguläre Arbeitsverhältnisse. Wir empfehlen, statt der Möglichkeit einer Klage beim Amtsgericht im Fall einer betriebsbedingten Kündigung eine pauschale Abfindungszahlung festzulegen. Das würde den Prozess transparenter und weniger ungewiss machen und zur Schaffung von mehr regulären und stabilen Arbeitsverhältnissen beitragen.

## ***Die Bildungserträge und die Zahl der Absolventen tertiärer Bildungsgänge müssen angehoben werden***

Langfristig könnte die Situation am Arbeitsmarkt auch durch weitere Bemühungen um eine Steigerung der Erträge des Bildungssystems verbessert werden, die wiederum für eine höhere Produktivität sorgen würden. Deutschland ist sich der Bedeutung der Bildung bewusst und hat weitreichende Reformen durchgeführt, wie beispielsweise die Stärkung der Vorschulerziehung und der Verantwortlichkeit der Lehrkräfte durch die Einführung zentraler Abschlussprüfungen in Sekundarschulen. Es besteht indessen noch erheblicher Spielraum, um auf diesen Reformen aufzubauen und die Bildungsergebnisse weiter zu verbessern. Aus diesem Grund ist das Sonderkapitel des Berichts dieser Thematik gewidmet.

Insgesamt sind die durchschnittlichen Schülerleistungen in Deutschland zufriedenstellend. Die Ergebnisse bei PISA 2006 lagen in Naturwissenschaften über dem OECD-Durchschnitt (Deutschland erreichte Platz 8 unter den OECD-Ländern) und entsprachen in Lesekompetenz und Mathematik dem Durchschnitt (Platz 14 in beiden Bereichen). Jedoch besteht kein Grund, warum Deutschland nicht höher zielen sollte! Schwächere Schülerinnen und Schüler schneiden im internationalen Vergleich in der Regel schlecht ab, und der sozioökonomische oder Migrationshintergrund hat einen starken Einfluss auf die Ergebnisse. Reformen zur Erhöhung der Teilnahme an der Vorschulerziehung, Verbesserung der Lehrerqualität und Verringerung des Grads der Gliederung wären in dieser Hinsicht von Bedeutung.

Ein zweiter Bereich, der Anlass zur Sorge gibt, ist der Anteil von Absolventen tertiärer Bildungsgänge. Ihre Zahl ist hinter die anderer OECD-Länder zurückgefallen. In der Altersgruppe 25-34 Jahre besitzen nur 22% einen Tertiärabschluss, im Vergleich zu einem OECD-Durchschnitt von 32%. Etwa ein Viertel der Absolventen der Sekundarstufe II mit Hochschulzugangsberechtigung entscheidet sich gegen den Besuch einer Hochschule. Offensichtlich muss die Tertiärbildung in Deutschland

attraktiver gemacht werden, um junge Menschen auf berufliche Karrieren mit hohem Verdienstpotezial vorzubereiten. Dies könnte – wie in anderen führenden OECD-Ländern – dadurch erreicht werden, dass den Hochschulen mehr finanzielle Autonomie zugestanden wird, die es ihnen ermöglicht, ihre Studiengänge den Ansprüchen von hochqualifizierten und ehrgeizigen Berufsanfängern rascher anzupassen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Worte zu einem wichtigen Bereich für die Steigerung der Wirtschaftsleistung Deutschlands sagen:

### ***In den Netzindustrien muss der Wettbewerb verstärkt werden***

An den Energiemärkten mangelt es an Wettbewerb, da die ehemaligen Marktführer die Netze besitzen und betreiben und damit die Energiepreise in Deutschland deutlich über dem europäischen Durchschnitt halten. Im Wirtschaftsbericht wird die Auffassung vertreten, dass es einer strengeren Form der vertikalen Trennung der Energieversorgungsunternehmen bedarf. Die Europäische Kommission befürwortet die eigentumsrechtliche Entflechtung, der sich die deutsche Bundesregierung mit dem Argument widersetzt, dass dadurch die privaten Eigentumsgrundrechte verletzt würden. Erst vor kurzem hat aber E.ON (einer der großen traditionellen Marktführer) den Verkauf seiner Netze beschlossen, und offensichtlich denken auch andere Unternehmen in diese Richtung. Wir begrüßen diese Entwicklung als eine marktorientierte Lösung, die durch ein starkes Regulierungsregime flankiert wird.

Die Bundesregierung erörtert derzeit Optionen für die Privatisierung der Deutschen Bahn. Wir verweisen darauf, dass aus den Erfahrungen mit der Liberalisierung des Energiesektors Lehren gezogen werden sollten, insbesondere hinsichtlich der notwendigen strengen Trennung zwischen Netzeigentum und -betrieb auf der einen und der Bereitstellung von Verkehrsleistungen auf der anderen Seite.

All dies ist nur ein kleiner Vorgeschmack dessen, was Sie in unserem Wirtschaftsbericht ausführlicher lesen können, der – übrigens – auch ein Kapitel darüber enthält, wie sich die langfristige Herausforderung steigender Gesundheitskosten bewältigen lässt.

In Zeiten weltweiter Finanzmarkturbulenzen und wirtschaftlicher Ungewissheit, wie wir sie heute erleben, ist es wichtig, die langfristigen Herausforderungen nicht aus den Augen zu verlieren. Reformen sind kein Selbstzweck, sondern vielmehr ein Instrument, um für die Menschen in unseren Ländern mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen. Die deutsche Wirtschaft konnte den Auswirkungen der Subprime-Krise in den Vereinigten Staaten sowie der Belastung durch den starken Euro und die hohen Rohstoffpreise bisher recht gut standhalten. Die Risiken bestehen aber weiter fort, und Reformen sind das einzige verfügbare Mittel zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit unserer Volkswirtschaften gegenüber Ansteckungseffekten.

Deutschland hat in den letzten Jahren viele Schritte in die richtige Richtung unternommen. Nun geht es darum sicherzustellen, dass es auf diesem Kurs bleibt. Der OECD-Wirtschaftsbericht soll Deutschland bei der Bewältigung dieser Aufgabe helfen.